

30  
1/8

## Ihre Majestät!

Als im letztverflossenen Frühjahre in ganz Deutschland der Ruf nach einer Neugestaltung seiner Bundesverhältnisse laut wurde, fand derselbe auch in den zur Krone Eurer Majestät gehörigen Ländern deutscher Zunge den lebhaftesten Wiederhall. Mit freudiger Zustimmung begrüßte man den Beschluß des Bundestages zu Frankfurt am Main, der die Vertreter der deutschen Volksstämme nach dieser Stadt berief, um an den Bau eines neuen, den Zeitbedürfnissen entsprechenden Verfassungswerkes Hand anzulegen; und als in Folge dieses Beschlusses Eurer Majestät Regierung auch in unsrem Vaterlande die bezüglichen Wahlen anordnete, da waren wir unterzeichnete Wahlmänner des 1. Wahlbezirkes der Hauptstadt Wien mit gewissenhaftem Eifer bemüht, den uns gewordenen ehrenvollen Auftrag unsrer Mitbürger in würdiger Weise zu erfüllen.

Wir gingen dabei von der Ueberzeugung aus, daß Oesterreich sich enge an Deutschland anschließen müsse, auf das es durch Gleichartigkeit der Cultur und Interessen, so wie durch seine politische Weltstellung hingewiesen ist, mit dem es Glück und Unglück getragen, geduldet, gekämpft und gesiegt, und das es noch jüngst von fremder Willkürherrschaft mit dem Blute seiner Söhne befreien geholfen. — Wir sprachen aber auch schon bei Gelegenheit unsrer Wahlen die feste Willens-Meinung aus, diesen Anschluß nur in solcher Weise verwirklicht zu sehen, daß dadurch der innige Verband der österreichischen Provinzen untereinander, daß dadurch die Selbstständigkeit unsres Vaterlandes, die Einheit des Kaiserstaates nicht verletzt würde.

Wir können in der Gestaltung Oesterreichs nicht ein bloßes Werk des Zufalls oder dynastischen Ehrgeizes erblicken; wir finden darin ein organisches Gebilde, dazu bestimmt, zahlreiche Völkerschaften, welche vereinzelt ihre Selbstständigkeit nicht zu wahren vermöchten, mit gleicher Berechtigung zu einem großen Ganzen zu vereinigen, zu einer Weltmacht, welche gebietend in die Schicksale Europa's einzugreifen befugt ist, und als der Stützpunkt eines mitteleuropäischen Staatenbundes jedwedem Uebergriffe, er komme von Osten oder von Westen her, gleich kräftig entgegen zu treten vermag.

Wir würden uns nie und nimmer damit einverstanden erklären, daß die innigen Beziehungen, die seit Jahrhunderten zwischen den deutschen und nicht-deutschen Provinzen unsres Vaterlandes bestanden, in gewaltsamer Weise zerrissen, und die getrennten Bestandtheile einer ungewissen Zukunft Preis gegeben würden. Wir hängen mit aufrichtiger Liebe an allen unsren österreichischen Brüdern, deren Geschicke wir so lange getheilt. Wir halten fest an dem Gesamtbestande der Monarchie, den unsre Grundgesetze gewährleistet haben, und der uns allein die Bürgschaft gibt für Kraft und Wohlstand und künftiges Gedeihen.

Leider finden wir aber diese staatliche Einheit Oesterreichs bedroht durch die Abstimmung der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt über zwei Paragraphen der künftigen deutschen Reichsverfassung, welche dahin lauten: „daß kein Theil des deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein dürfe“ — und daß „wenn ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen dasselbe Staatsoberhaupt hat, das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen sei“. —

Wir vermögen in diesen Bestimmungen, sollten sie bei der zweiten Abstimmung zum Beschlusse erhoben werden, nur eine Auflösung der österreichischen Monarchie, eine Trennung in ihre deutschen und nichtdeutschen Bestandtheile, eine Vernichtung der staatlichen Einheit unsres Vaterlandes zu erblicken. Das Band der reinen Personalunion — wie man die Sache auch bemänteln mag — ist ein bloß illusorisches, gerade in einem constitutionellen Staate, wo nicht das Machtgeboth des einen Herrschers entscheidet, sondern die Majoritäten der verschiedenen Volksvertretungen den verantwortlichen Räten der Krone ihre Wege vorzeichnen, die nur allzuleicht in den, durch nichts, als durch die Person des Staatsoberhauptes verbundenen Ländern nach abweichenden oder vielleicht gar entgegengesetzten Richtungen hinführen könnten. Wie wäre eine Ausgleichung der so vielfach verschlungenen Interessen aller Völker Oesterreichs möglich, wenn ihre Vertreter nicht auf einem gemeinsamen Reichstage zusammen beriethen, wenn die wichtigsten finanziellen so wie internationalen Fragen von verschiedenen Ministerien in verschiedenem Sinne aufgefaßt und beantwortet würden, wenn die Heeresmacht, in mehrere Abtheilungen zersplittert, nicht mehr genügen würde, dem äußeren oder inneren Feinde mit Kraft zu widerstehen! Will man unsrem Vaterlande zumuthen, seine Provinzen in einem Augenblicke zu zerreißen, wo sie das Band einer gemeinsamen freien Verfassung fester als jemals umschlingen, und jedem einzelnen Landestheile die durch die Staatseinheit gebothenen Vortheile einer Großmacht gewähren soll? Und ein solches müßte unfehlbar geschehen, wenn die deutsche Reichsverfassung, so wie sie aus den Beschlüssen der Nationalversammlung zu Frankfurt hervorzugehen droht, zur Ausführung käme; — wenn die wichtigsten Rechte, ohne die eine wahre Souveränität nicht bestehen kann, an die Reichsgewalt abgetreten werden müßten; — wenn die Gesandten Oesterreichs bei fremden Mächten nur dessen nichtdeutsche Provinzen vertreten dürften; — wenn der Monarch nur in Ansehung dieser Gebiethstheile mit fremden Regierungen Verträge abzuschließen befugt wäre; — wenn ein Heer, verbunden durch eine Jahrhunderte lange Geschichte, durch die Erinnerung an so viele unter dem Banner Oesterreichs geschlagene Schlachten, und noch heute, ungeachtet aller nationalen Verschiedenheiten um dieses Zeichen in alterprobtter Treue und Begeisterung geschaart, — zersplittert würde, und dadurch seinen inneren und äußeren Halt verlöre!

Mit solchen Grundsätzen ist Oesterreichs Selbstständigkeit, ist Oesterreichs Integrität unsres Erachtens nicht mehr vereinbar. Unmöglich könnte daher eine Gestaltung Deutschlands in dem Herzen eines Oesterreichers Anklang finden, welche die Zerstückung unsres Vaterlandes zur Folge haben müßte.

Wir halten es für eine ernste Pflicht, diese Gesinnung offen und unumwunden auszusprechen; wir würden ein Verbrechen an unsren nichtdeutschen Brüdern zu begehen glauben, wenn wir uns von ihnen lossagten, und das Schiff in Trümmer schlugen, auf dem wir gemeinschaftlich allen Stürmen der Zeit getrogt haben.

Darum bitten wir Eure Majestät, durch Ihr Ministerium die geeigneten Schritte einleiten zu wollen, auf daß in Frankfurt das große Werk der Vereinbarung in einer Weise zu Stande komme, welche es Oesterreich möglich macht, ohne Selbstvernichtung seines staatlichen Lebens, ohne Aufgeben seines weltgeschichtlichen Berufes, ohne Trennung dessen, was die jüngst-erstandene Freiheit nur um so inniger aneinander kittern sollte, dem neuen Bunde beizutreten.

Wir setzen in die Einsicht und den redlichen Willen der zu Frankfurt tagenden Männer zu viel Vertrauen, als daß wir nicht hoffen sollten, es werde einer klaren Darlegung und entschiedenen Vertretung der eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs gelingen, eine solche Vereinbarung zu erzielen, wie sie der ungeschmälerte Bestand und die Selbstständigkeit unsres Vaterland es fordern.

Wien, am 30. November 1848.

## Die Wahlmänner des ersten Wahl-Bezirkes der Stadt Wien. *(Bevollmächtigter)*

